

Beschluss des gemeinsamen Bundesausschusses der Europa-Union und
der Jungen Europäischen Föderalisten vom 25.03.2023

Für einen gerechten Frieden und den Weg der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau in die EU

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg, den die russische Föderation unter Führung von Präsident Putin gegen die Ukraine führt, und seine Folgen sind ein Moment der Wahrheit für Europa. Der Krieg macht auf das Brutalste deutlich, dass Russland die territoriale Souveränität seiner europäischen Nachbarn negiert und die europäische Sicherheitsordnung herausfordert. Der Krieg brachte und bringt großes Leid über die Menschen in der Ukraine, zerstört deren Städte und Dörfer und zielt darauf ab, die ukrainische Kultur und Identität auszulöschen. Mehr als 4,8 Mio. Ukrainerinnen und Ukrainer (Stand 7. Februar) haben dem UNHCR zufolge europaweit temporären Schutz auf Basis der so genannten Massenzustrom-Richtlinie der EU oder ähnlicher Mechanismen erhalten.

- Wir unterstützen die Initiative der Ukraine für einen gerechten Frieden auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine mit verbindlichen Sicherheitsgarantien.
- Wir begrüßen, dass die Europäische Union Sanktionsmaßnahmen als Reaktion auf den Angriffskrieg erlassen hat. Wir fordern, weitere zielgerichtete und wirksame Sanktionen zu prüfen mit dem Ziel, dem Regime von Präsident Putin die wirtschaftliche Grundlage für seinen Angriffskrieg zu entziehen.
- Wir unterstützen sämtliche Bemühungen zur Selbstverteidigung der Ukraine, die dem Völkerrecht entsprechen.
- Wir anerkennen, dass gerade die unmittelbaren Nachbarländer der Ukraine eine besondere humanitäre Leistung erbracht haben und immer noch erbringen, in dem sie eine große Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine aufgenommen haben. Ausdrücklich anerkennen wir, dass Polen mit mehr als 1,5 Mio. Ukrainerinnen und Ukrainern, die unter temporärem Schutz stehen, den zahlenmäßig größten Anteil an der Beherbergung ukrainischer Geflüchteter leistet.
- Wir stellen fest, dass die Republik Moldau – eines der ärmsten Länder Europas - als unmittelbarer Nachbar der Ukraine besonders große Lasten zu tragen hat und daher auch in besonderer Weise der europäischen Solidarität bedarf. Wir bitten die Bundesregierung, die Republik Moldau weiter dabei zu unterstützen, die aktuellen Herausforderungen infolge der hohen Zahl von Geflüchteten, der Energiekrise und der Wirtschaftskrise zu meistern.
- Wir fordern, dass die Kriegsverbrechen lückenlos dokumentiert und aufgeklärt werden. Wir erkennen die außergewöhnliche Leistung der Ukrainerinnen und Ukrainer angesichts dieser Kriegsverbrechen an. Die Forderung nach Schaffung eines internationalen Sonderstrafgerichtshofs zur Ahndung dieser Kriegsverbrechen unterstützen wir ausdrücklich.

- Wir würdigen, dass die Ukraine in den letzten Jahren bereits Reformen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, zur Bekämpfung der Korruption und zur Modernisierung der Verwaltung durchgeführt hat. Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, die Ukraine auf diesem Weg weiter zu unterstützen zum Beispiel durch Verwaltungspartnerschaften.
- Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Europäische Rat am 23. Juni 2022 der Ukraine gemeinsam mit der Republik Moldau den Status eines Beitrittskandidaten erteilte. Wir fordern die Europäische Kommission auf, die Beitrittsverhandlungen zügig zu starten und konstruktiv zu führen. Dabei sind die Kopenhagener Kriterien vollumfänglich durch die Kandidatenländer zu erfüllen. Uns ist bewusst, dass der Weg in die Europäische Union mit hohen Hürden verbunden ist. Daher fordern wir, die Kandidatenstaaten bereits während der Beitrittsverhandlungen an bestimmten EU-Politiken (wie z.B. beratend in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik) teilhaben zu lassen, ihnen Zugang zu bestimmten EU-Programmen zu gewähren und ihnen bereits heute den größtmöglichen Zugang zum Europäischen Binnenmarkt zu gewähren. Abgeordnete aus den Kandidatenstaaten sollten bereits als Beobachter an der Arbeit des Europäischen Parlaments, im Ausschuss der Regionen sowie dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss teilhaben können. Zugleich warnen wir davor, dass die Beitrittsverhandlungen durch Partikularinteressen einzelner Mitgliedstaaten unterminiert oder blockiert werden. Dies würde die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union nachhaltig beschädigen. Wir erinnern an die Notwendigkeit von institutionellen Reformen in der EU.
- Wir stellen zudem fest, dass die georgische Bevölkerung stark pro-europäisch eingestellt ist und bis zu 85 % der Georgierinnen und Georgier ausdrücklich einen EU-Betritt unterstützen. Bei den zuletzt intensiven Gegenprotesten zum umstrittenen Agentengesetz in Tbilissi ist dieser unbändige pro-europäische Wille, der unsere bereite Solidarität verdient hat, noch einmal besonders zum Ausdruck gekommen. Vor diesem Hintergrund bedauern wir, dass der Europäische Rat Georgien nicht bereits im vergangenen Jahr auf seinem Weg in die EU weiter unterstützt hat. Sobald die zwölf von der Kommission geforderten Reformschritte umgesetzt sind, muss auch Georgien den offiziellen Beitrittskandidatenstatus erhalten, um das Land zu strategisch unterstützen und den zunehmenden russischen Einfluss wirksam zurückzudrängen.
- Wir begrüßen die Anstrengungen der Europäischen Kommission zum Wiederaufbau der Ukraine und stellen fest, dass es sich hierbei um eine Generationenaufgabe handelt.
- Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben in den zurückliegenden Monaten große Solidarität mit den Menschen der Ukraine gezeigt. Sie haben Geflüchtete beherbergt und haben zahlreiche Hilfsmaßnahmen für die Ukraine organisiert und finanziert. Dies ist Ausdruck eines gemeinsamen Werteverständnisses. Die Menschen in Europa halten in der Krise zusammen und unterstützen sich gegenseitig. Eine wichtige Rolle kommt hierbei den Kommunen zu. Städte, Gemeinden und Landkreise haben nicht nur die Unterbringung und Integration Geflüchteter organisiert, sondern auch eine große Zahl an unmittelbaren Hilfsmaßnahmen für die Ukraine umgesetzt. In den zurückliegenden Monaten sind zahlreiche neue Städtepartnerschaften und Solidaritätspartnerschaften zwischen deutschen und ukrainischen Kommunen entstanden. Wir rufen die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Bundesregierung auf, das Potential kommunaler Partnerschaften beim Wiederaufbau der Ukraine und beim EU-Beitrittsprozess zu nutzen. Deutsche Kommunen können ihre ukrainischen Partner beim Wiederaufbau unterstützen. Gleiches gilt für Reformen, die im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt der Ukraine erforderlich werden. Die deutschen Kommunen und ihre Partnerschaftsorganisationen benötigen hierfür finanzielle Unterstützung durch die EU, den Bund und die deutschen Länder.